

Pressemitteilung

Hagen, 6. Mai 2020

SPD fordert seit 2017 neuen Schulentwicklungsplan

Hagen. Die SPD-Ratsfraktion und insbesondere die SPD-Mitglieder im Schulausschuss der Stadt Hagen weisen die Kritik, Zeit für fundierte Debatten über die Schulentwicklung in unserer Stadt verplempert zu haben, zurück. Wer die nachweislich unternommenen Anstrengungen der SPD-Ratsfraktion und der Fachpolitiker, wie in dem WP/WR-Kommentar vom 6.5.2020, als beschämend bezeichnet, der ignoriert die bisherige politische Diskussion auf diesem Themenfeld.

Nachdem der letzte Schulentwicklungsplan 2011 extern erstellt worden war, wurde dieses Gutachten in den Folgejahren von der Schulverwaltung fortgeschrieben. Trotz zahlreicher Kritik hielt die Schulverwaltung an einer „internen Regelung“ fest.

Die SPD-Ratsfraktion hat dann mit Datum vom 20. Juni 2017 den Antrag gestellt, mit Hilfe eines externen Gutachters den Schulentwicklungsplan (SEP) fortzuschreiben und an die neuen Entwicklungen und schulrechtlichen Grundlagen anzupassen. In der Begründung wird genau das herausgestellt, was laut Kommentator durch die politischen Verantwortlichen angeblich über Jahre nicht berücksichtigt wurde:

„Die demografische Entwicklung bildet die Grundlage eines SEP. Sie ist erheblich anders verlaufen als prognostiziert. Allein deshalb ist eine grundlegende Überarbeitung notwendig.“
Gleichzeitig haben wir im Schulausschuss immer wieder darauf hingewiesen, dass auch der Offene Ganztag entsprechend der ansteigenden Schülerzahlen zwingend ausgebaut werden muss.

Leider konnte die Schulverwaltung mit dieser frühen und richtigen Erkenntnis nicht dazu gebracht werden, schnell und effektiv an einer entsprechenden Ausschreibung zu arbeiten. Darauf wurde immer wieder im Schulausschuss vergeblich hingewiesen. So musste der Schulausschuss die Verwaltung ein Jahr später erneut beauftragen, eine Ausschreibung vorzunehmen. Im Dezember des gleichen Jahres wurde die Verwaltung dann beauftragt, ein entsprechendes Vergabeverfahren auf den Weg zu bringen.

Wieder gingen Monate ins Land, ohne dass das politisch gewollte und in Auftrag gegebene Verfahren tatsächlich gestartet wurde. So fragte die SPD-Ratsfraktion am 5. September 2019 schriftlich nach und forderte einen Zwischenbericht ein, der auch vom beauftragten Gutachter Wolf Krämer-Mandau in der Sitzung des Schulausschusses am 17. September 2019 gegeben wird. Weitere Erkenntnisse sollten in den nächsten Monaten folgen. Endgültig lag das vollständige Gutachten aber erst zur Schulausschusssitzung am 17. März 2020 vor, die Corona bedingt abgesagt wurde.